

Zusammenfassung zur Regierungskrise in Deutschland von 2017-2018 – von Godrun Gaarder

In Deutschland ist die Regierungskrise, die nach der Bundestagswahl im September 2017 begann und bis zum März 2018 wahrte, bei vielen Lesern sicherlich reichlich bekannt. Wir wollen hier eine Zusammenfassung unserer laufenden Kurzinformationen unter unser Rubrik «Aktuell» auch auf Deutsch zusammenfassen. Das hängt mit dieser in der Nachkriegszeit doch recht einmalig langen innenpolitischen Krise in Deutschland zusammen und der Möglichkeit, dass diese sich in dieser sich schnell verändernden Welt doch auch wiederholen kann. Vorerst sind auch in Deutschland die Sommerferien angelaufen.

Wir geben Ihnen ein paar Anhaltspunkte. Wir heben auch Worte und Begriffe hervor, die in dem Zusammenhang mit dieser Situation, der sich entwickelnden labileren Welt, von Journalisten und Fachleuten häufig genutzt werden.

Das Thema, was wir hier kurz zusammenfassen wollen, ist sehr umfassend. Die deutschen Leser, die ihr Land vermutlich besser kennen als viele Menschen aus anderen Ländern, werden diese Andeutung gut verstehen. Die Hintergründe für die Krise nach den Bundestagswahlen 2017 und der massive Rückzug vieler Wähler bei der Stimmenabgabe an die sog. Grossen Volksparteien, die Konservativen (bestehend aus der Christlich Demokratischen Union CDU und der CSU Christlich Soziale Union (CSU) vornehmlich in Bayern, hatten in der vorigen Legislaturperiode auch unter der Führung von Kanzlerin Angela Merkel mit den Sozialdemokraten (SPD) in einer sog. «Grossen Koalition» zusammengearbeitet. Das ist innerhalb der EU nicht ohne weiteres überall möglich. Auch in Norwegen ist das nicht ohne weiteres denkbar. Im übrigen entschieden sich die Sozialdemokraten nach dieser «Niederlage» seinerzeit für den Austritt aus der Regierung.

In Norwegen hat die politische Kultur in der Nachkriegszeit auch zugelassen, dass sich nach einer Parlamentswahl Minderheitsregierungen – bilden können, um die Regierung zu übernehmen. Beispiele dafür gibt es viele, auch nach den Parlamentswahlen hierzulande im September 2017. Regierungschefin Erna Solberg (konservative Partei Høyre) führt die Regie der Verhandlungen, nicht etwa das Staatsoberhaupt – wie in Deutschland. In Norwegen wäre das der König. So geschehen auch nach den letzten (Stortings-) Wahlen im September 2017. Die Verhandlungen dauerten zwar auch lange, bis ein tragbares Ergebnis akzeptiert werden konnte, aber die Systeme sind doch recht unterschiedlich. Auch in Norwegen muss die Regierung z.B. bei der Verabschiedung des Haushalts eine Mehrheit im Parlament hinter sich haben. Für einen solchen Beschluss muss sich die grösste Partei die Unterstützung für dieses Ziel sichern. Als in Deutschland im Herbst 2017 zunächst versucht wurde, eine Mehrheitsregierung aus recht unterschiedlichen kleinen Parteien zu bilden (die Partei bekam den vorläufigen Namen «Jamaika»), da scheiterte dieser Versuch an zu unterschiedlicher politischer Ausrichtung.

Die jeweiligen Parteien handelten, soweit ersichtbar, zunächst aus dieser ihrer neuen Verantwortung und Möglichkeit heraus. Als diese Regierungsverhandlungen scheiterten, lud Bundespräsident Steinmeyer in Deutschland alle alle Parteivorsitzenden der bisherigen Grossen Koalition zu einzelnen Gesprächen ein. Dabei erinnerte er sie an ihre politische Verantwortung nach einer Wahl. Das heisst, sich der Verantwortung zu stellen, die die Wähler ihm oder ihr durch die Wahl gegeben haben. **Am 12. März 2018** wurde schliesslich der Koalitionsvertrag für die neue Regierung unterschrieben. Deutschland hatte endlich vom Frühjahr 2018 an wieder eine arbeitsfähige Regierung.

Zum Anfang des Jahres 2018 war der Streit um die grosszügige **Flüchtlingspolitik** der Bundeskanzlerin aus dem Jahre 2015/2016 (*Wir schaffen das*) wieder aufgekommen und damit die vorerst überwundene Regierungskrise. Der bisherige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer war im März 2018 Innenminister geworden und verlangte von der Bundeskanzlerin vor der Sitzung beim EU-Ratstreffen am 30. Juni, und zwar bis dahin spätestens, eine glaubwürdige Einigung der EU in Richtung einer Verteilung von Flüchtlingen auf mehrere EU-Mitglieder zu erreichen. Dazu gehört auch die Sicherung der Aussengrenzen. Diese hatte und hat vor allem Horst Seehofer im Blick, weil seinerzeit über die deutsche Aussengrenze, vor allem über Bayern, und da wiederum vor allem über Österreich und Ungarn sehr viele teils unregistrierte Flüchtlinge, Asylsuchende usw. über die deutsche Grenze kamen. Zwischen den Politikern der beiden Schwesterparteien CDU und CSU, der Bundeskanzlerin und Horst Seehofer, hat es in der Vergangenheit nicht nur in dieser Frage unterschiedliche Meinungen gegeben.

Bei der Flüchtlingsfrage sind diese Meinungsverschiedenheiten sehr deutlich geworden und werden wohl auch bleiben. Erkennbare kulturelle Unterschiede in Deutschland zwischen einzelnen Bundesländern, sind bekannt. So u.a. auch bezüglich z.B. zwischen dem Norden und Süden Deutschlands (das auf recht unterschiedliche Weise, siehe Bundesland Bayern). Ausserdem ist hervorzuheben, dass Mitte Oktober 2018 in Bayern Landtagswahlen stattfinden. Die Stimme des Volkes, der Einheimischen, spielt selbstverständlich eine wichtige Rolle in Bezug auf wesentliche Veränderungen, die, wie bei dem Flüchtlingszustrom, auf eine Region einwirken. Die von der Kanzlerin beim EU-Ratstreffen am 28. und 29. Juni 2018 ausgehandelten Vereinbarungen sind allerdings – wie sich heute zeigt, - recht unklar geblieben, was die geforderte Unterstützung von Kanzlerin Merkel in Bezug auf das Verhandlungsergebnis und Innenminister Seehofers Forderungen bedifft.

Neue Stimmen von Mitgliedsstaaten der EU zur Behandlung von Flüchtlingsströmen sind inzwischen bekannt geworden, u.a. aus Österreich und vor allem Italien (die neue Regierung weigert sich, in Zukunft unbegrenzt Flüchtlinge, die über das Mittelmeer in Italien stranden, weiter unbegrenzt aufzunehmen). Aus diesem und anderen Gründen ist es durchaus gerechtfertigt, wenn Wähler, wie Wissenschaftler, Journalisten und Politiker derzeit skeptisch in die Zukunft schauen und die Frage stellen, wie es denn mit der angestrebten gemeinsamen sowohl grosszügigen Aufnahme von Flüchtlingen, als auch mit den Zurückweisungsmöglichkeiten, Registrierungen und Aufenthaltsstellen von ankommenden Migranten in Zukunft in der EU aussehen kann und wird. Und natürlich auch mit der Integration. Jeder weiss auch, dass der Flüchtlingsstrom vorerst nach Europa nicht abreissen wird, wenngleich er sich verändert hat.

Es ist bekannt, dass die populistischen Parteien in Europa und auch in Deutschland aufgrund dieser unklaren Situation bei vielen Wählern Stimmen gewinnen (In Deutschland ist es **die Partei «Alternative für Deutschland» – AfD**). Sie bedrängt vor allem die konservativen/liberalen Parteien. Einer der bekannten deutschen Politikologen, Herfried Münkler, hat u.a. an in einem interessanten Aufsatz an «ungute Erinnerungen an die Weimarer Zeit in der deutschen Geschichte» erinnert.

(Quelle: Der Stern, nr. 37 vom 05.07.2018). Er da hat auch die Frage gestellt, ob die «Volksparteien» ein **historisches Auslaufmodell** seien. Andere Fachleute fragen sich, inwiefern die lautstarke Debatte um die Flüchtlingsfrage und die Regierungskrise «die eigentliche Kooperationsbereitschaft innerhalb der EU in den Hintergrund gedrängt hat.» (Philosoph Jürgen Habermas). (Die Zeit vom 05. Juli 2018).

Inzwischen hat sich auch herausgestellt, dass die Verwaltungen in einigen Bundesländern, die die Registrierung und Unterbringungen von Migranten zur Aufgabe hatten und haben, dieser ihrer Aufgabe offenbar aus Überlastung in jener Zeit nach dem grossen Flüchtlingsstrom aus verschiedenen Gründen nicht nachgekommen sind. Das ist eine recht unhaltbare Situation.

Inzwischen hat der Flüchtlingsstrom von Süd nach Nord erheblich nachgelassen, wird aber nicht aufhören. Dafür gibt es viele neue Gründe, die sich hier nicht in Kürze zusammenfassen lassen, aber durchaus weiter beobachtet werden müssen/sollten.

Auf Deutschland und Europa kommen heute relativ massiv weitere Herausforderungen aus der globalen Welt zu. Das gilt auch der Zusammenarbeit innerhalb des transatlantischen Bündnisses (insbesondere mit den USA). Das hat sich beim kürzlich stattgefundenen NATO-Gipfel gezeigt, wie auch im Verhältnis zu Grossbritannien vor und nach dem Brexit, mit Russland, China und Japan und anderen Ländern der Welt. Neue Strömungen und Veränderungen zeigen sich überall, auf die sich die Europäer schnellstens einstellen sollten, auch Norwegen. Der deutsche Bundespräsident machte in diesen Sommertagen den Vorschlag: «Es ist Zeit für ein neues europäisches Selbstbewusstsein». Nur auf diese Weise würden auch die europäischen Staaten von den «Grossen» der Welt wahrgenommen und respektiert werden.

Zum Abschluss: Vielleicht ist Ihnen im Verlauf der innenpolitischen Debatte in Deutschland der Begriff **«Richtlinienkompetenz»** aufgefallen, der im Zusammenhang mit der besonderen Stellung des Kanzlers, der Kanzlerin, in Relation zu anderen Ministern/Politikern oft verwendet worden ist, (basierend auf dem Grundgesetz), dann machen Sie sich bitte u.a. bei Wikipedia kundig (<https://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinienkompetenz>). Hier finden Sie eine Erläuterung.